

**Springer, Axel C.:** Von Berlin aus gesehen. Zeugnisse eines engagierten Deutschen. Nachwort von Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg. Seewald Verlag, Stuttgart 1972 (320 S., Ln., 26,— DM).

An dem Band ist vor allem interessant, daß er zeigt, wie der Monopolkapitalist Springer in der Öffentlichkeit gesehen werden will. Zugleich wird dadurch deutlich, welche Stereotype Springer für in seinem Sinne wirksam hält. Nachdem die Kampagne „Enteignet Springer“, von der Studentenbewegung ausgehend, nicht ohne Widerhall geblieben war und die Möglichkeit ihrer Auswirkung auf medienpolitische Entscheidungen sich nicht mehr ganz von der Hand weisen ließ, bemühte sich Springer um eine Reparatur seines Image. Eines der Mittel im Rahmen einer entsprechenden politischen Marketingstrategie dokumentiert der vorliegende Band mit seinen Reden, Artikeln, stilisierten „Briefen“ und „Gesprächen“. Der Leser begegnet zunächst einer komplexen, aus verschiedenen „Sprachen“ zusammengesetzten Phraseologie, in denen Springer sein Image mit ebenso vielen Charaktermasken zusammensetzt. Da spricht der Deutsche, der gläubige Christ, der um Menschlichkeit bemühte Mitbürger, der von Verantwortungsbewußtsein erfüllte Staatsbürger.

Erst bei näherem Hinsehen zeigt sich der harte einheitliche Kern. Daß das Geldmachen und die politische Manipulation die Angelpunkte des Pressemonopols sind, erscheint unmittelbar als unwahr, als sein Gegenteil. Da hat die Presse „die schwere Aufgabe übernommen, dem Staatsbürger jenes Maß staatsbürgerlicher Unterrichtung zu geben, die er braucht, wenn er als Staatsbürger tätig werden soll“ (172). Es geht um Bildung und Mündigkeit des Bürgers. Und zu diesem Behuf um „Pressefreiheit“. Unter den Phrasen, die sie umschreiben, zeigt sich die Forderung nach Freiheit von allen Schranken, die der Ausdehnung des Springerschen Monopols im Wege stehen oder künftig stehen könnten. Nachdem Springer jahrelang vergeblich versucht hat, ein privatwirtschaftlich betriebenes Fernsehen zu erreichen, das er dann mit bewährten Mitteln unter seine Kontrolle bringen könnte, denunziert er nun als Bedrohung der Pressefreiheit die „auf breiter Front in die Bereiche der freien Wirtschaft“ eingebrochenen und „im Besitz einer Monopolstellung befindlichen“ (181) Funk- und Fernsehanstalten, die der Presse die Existenzgrundlage der Werbung entzögen. Gegen mögliche medienpolitische Eingriffe zur Aufrechterhaltung des Wettbewerbs auf dem Zeitungsmarkt gewendet, warnt er wiederum davor, das Prinzip des freien Wettbewerbs durch Marktanteilsbegrenzung und Subventionierung anzutasten (185, 203) und behauptet scheinheilig, „daß das Heranwachsen größerer Zeitungsunternehmungen die Presse insgesamt schließlich freier machen wird... Und unter dem Schutz der Flügel großer Verlage können auch unabhängige, kleinere, lokale oder regionale Blätter sich gegen jedweden Druck zur Wehr setzen; denn die Pressefreiheit wird heute am besten von den Großen garantiert: Auch die Kleinen haben davon Nutzen“ (212). Man erkennt die bündnispolitischen Bemühungen des Großkapitalisten um die noch nicht verschluckten mittleren Kapitalisten. Um sich gegen Beschränkungen, die zu ihrem Schutz konzipiert werden könnten, zu schützen, versucht er, eine Einheitsfront mit ihnen zustande zu bringen.

Als ideologische Grundlage sowohl der eigenen Rechtfertigung wie auch der politischen Ausrichtung der von Springer kontrollierten Massenmedien werden vier „Grundsätze“ beschworen (34, 126, 152, 255), die jeder von Springer abhängige Redakteur umsetzen muß. Sie reduzieren sich letztlich auf das Monopol des Privateigentums an Produktionsmitteln. Springer dreht die Sache bezeichnenderweise so hin, als ob dies Monopol, das er im vierten Grundsatz als „freie Marktwirtschaft“ verherrlicht, im Grundgesetz der BRD verbindlich gerechtfertigt, ja sogar

vorgeschrieben sei, was keineswegs der Fall ist — im Gegenteil. Daher kann die „Wiedervereinigung Deutschlands“ unter solchen Produktionsverhältnissen (Grundsatz eins) aus dem Grundgesetz der BRD nicht abgeleitet werden. Die heuchlerische Gleichsetzung des Sozialismus mit dem Faschismus, das Ineinsetzen jeglichen „Radikalismus“ und „Extremismus“ (97), die für „dämonische Gewalten und Mächte“ ausgegeben werden und „luziferischen Charakters“ seien (52) (Grundsatz drei), wehrt in der bekannten bauernfängerischen Manier den Anspruch gesellschaftlicher Verfügung über die Produktionsmittel ab, den ja schon der Faschismus mit seinen beispiellosen, in bürgerlichem Klasseninteresse begangenen Verbrechen abwehrte. Der aufdringliche Prosemitismus schließlich (Grundsatz zwei) soll einerseits die nachträgliche Interpretation des Faschismus als bloßem Ausfluß von irrationalen Antisemitismus propagieren; andererseits können der Blitzkrieg gegen Ägypten und die gewaltsame „Wiedervereinigung“ Jerusalems als moralisch-politisches Exempel für die Deutschen benutzt werden.

Das Klassenprivileg des Privateigentums an Produktionsmitteln und seine Verteidigung, der skrupellose Antikommunismus — im Dienste dieses doppelten Prinzips fungieren alle Gesichter, die Springer ins Image bringt: seine *Religiosität*, die die Verkündung der „Liebeslehre Christi“ (279) für „ein christliches Zeitungshaus“ (246) zur verbindlichen (240) Hauptaufgabe (243) der Nachrichtenpolitik (242) macht; der „leidenschaftliche *Patriotismus*“, der ein Deutschland gesehen haben will, „das wieder all unserer Liebe würdig ist“ (30); sodann die gegen die „Trägheit des Herzens“ (27), die „Preis und Fluch“ des Abfalls von Gott und folglich vom Menschen sei, gewandte *Nächstenliebe*, besonders die Verbundenheit mit dem Kleinen Mann (280); auch das *Mitleid* und die *Hoffnung* für „meine versklavten Landsleute“ (207), „die jetzt in Mitteldeutschland im Stand stalinistischer Unfreiheit leben“ (151), wobei die Politik nicht zum „Kompromiß mit politischer Kriminalität“ (16) — und der Sozialismus ist vom Standpunkt des Privateigentums an Produktionsmitteln der Inbegriff aller Verbrechen — führen dürfe; endlich die *Beunruhigung* und *Sorge* um den doch „nachweisbaren Erfolg unseres volkskapitalistischen Systems“ (102), wenn das „Privateigentum nicht mehr rückhaltlos anerkannt“ wird (101) und die „Gewerkschaftsführung“ machtpolitische Forderungen nach paritätischer Mitbestimmung stellt, was „Ausdruck einer von Interessierten geschürten und in Wirklichkeit bei der großen Mehrzahl der Arbeitnehmer nicht vorhandenen Unzufriedenheit“ sei — das verlogene agitatorische Gegenstück zu der von Springer und allen gleichermaßen am Kapitalprivileg Interessierten geschürten und in Wirklichkeit bei der großen Mehrheit der Werktätigen nicht vorhandenen Zufriedenheit. In Springers Version wird neuerdings in der BRD „ein tiefer und gefährlicher Einbruch in unsere Gesellschaftsordnung“ von oben versucht, denn „die Sozialisierung von unten wird von der Bevölkerung abgelehnt“ (107).

Diese ideologischen Versatzstücke, von denen Springer kaum ein denkbare ausläßt, sind jedermann aus der Periode des Kalten Krieges zwangsläufig bekannt. Deutlich wird bei der Lektüre, daß sie — zumindest in der von Springer vorgetragenen Form — ihre Wirksamkeit unter den veränderten politischen Bedingungen einzubüßen beginnen. Es bleibt die Frage, ob Springer den Wandel zu raffinierteren Formen des Antikommunismus nicht mitvollziehen kann oder bewußt darauf setzt, im Zuge einer Machtergreifung der Rechtskräfte die alten Klischees wieder uneingeschränkt zum Zuge kommen zu lassen. Damit hängt eine weitere, hier ebensowenig beantwortbare Frage zusammen: ob Springer nämlich mit subjektiver Überzeugung hinter den von ihm verbreiteten abgedroschenen Ideologien steht, oder ob er nur als sich tarnender, die Masken nach Belieben auf und absetzender Taktiker aufzufassen ist.

Die Sentimentalität) die in der durchgehenden Wehklage über das deutsche Schicksal zum Ausdruck kommt, die Inbrunst, mit der er von Gott spricht, die weinerliche Reaktion angesichts der Unmöglichkeit privaten Fernsehens, die tiefe Erschütterung an der Mauer, die Tränen über gescheiterte Flucht, die Empörung und Entrüstung, mit der er den verabscheuten (97), vom Osten finanzierten und ferngelenkten radikalen Gegnern seines Konzerns widerspricht (154 f., 157, 262), all dies können durchaus subjektiv genuin erscheinende Regungen sein. Andererseits mag es gerade das leidenschaftlich verkörperte Kapitalprivileg sein, das in seiner Abstraktheit alle möglichen zupaß kommenden Regungen ergreift und sich zurechtempfindet. So spricht sich Springer begeistert gegen eine „Entidealisierung politischen Denkens, Fühlens und Handelns“ aus (16), und alles in zwanzig Jahren Erreichte erfüllt ihn mit „demütiger Dankbarkeit“ (32). Die Träne, die er für Deutschlands Einheit vergießt, wird einem unzugänglichen Absatzmarkt nachgeweint. Über sein weitgehend aus Steuern finanziertes Hochhaus in Westberlin äußert er sich mit allem Pathos, dessen die Kapitaleseele in der Gier nach Profit und mehr Kapital fähig ist: „Der Bau ist errichtet worden gegen die kühl rechnende geschäftliche Vernunft, gegen den Rat der Buchhalter und Kaufleute. Dieses Haus ist für jenen Tag gebaut, an dem Deutschland wiedervereinigt sein wird“ (214). Auch daß Springer „seinem Schöpfer dafür dankbar ist, daß er gerade hier (an der Mauer) bauen durfte“ (23), ist wegen der hohen Steuervergünstigung, in deren Genuß er dadurch kommt, verständlich.

Mit den zunehmend geringer werdenden Legitimationsmöglichkeiten der Springerischen Version kapitalistischer Presse-Unternehmerfreiheit, von der im Grundgesetz nicht die Rede ist, werden auch die Freiheitspostulate immer herbeigezogener und konstruierter. Man sieht den besonderen Interessen des Konzerns die Mühe an, mit der sie sich in den Formulierungen seines Besitzers zu Freiheiten stilisieren. Sie alle sind nicht verallgemeinerbare, negativ sich bestimmende Freiheiten, indem sie gesellschaftliche Ansprüche nach Demokratisierung abwehren: die Freiheit des Unternehmers *von* gesellschaftlicher Kontrolle und *von* Marktbeschränkungen; die Freiheit *von* Zensur und *von* demokratischen Grenzen der Pressefreiheit; die Befreiung *vom* staatlichen Fernsehmonopol. In der verschlüsselten Sprache, in der die Sonderinteressen sich öffentlich allein noch aussprechen können, lautet die Losung im rücksichtslosen Kampf um die Aufrechterhaltung des Monopols: „Ich sehe nur eine Überlebenschance: Wir müssen unseren unbeugsamen Glauben an die Moral unserer freien Gesellschaft erhalten“ (39).

Holm Gottschalch und Wolfgang Fritz Haug (Berlin/West)

Aus: *Das Argument* 83, 15. Jg., 1973, H. 11/12, 1029-32